

LANDRATSFRAKTION DER
SP BASELSTADT

LEGISLATUR- PROGRAMM 2023 - 2027



WIR
ERGREIFEN
PARTEI.

LEGISLATURPROGRAMM 2023 - 2027

Kaufkraft stärken

Der Armutsbericht und die darauf beruhende Armutsstrategie des Kantons haben deutlich gezeigt, dass bei der Armutsbekämpfung im Kanton Baselland Handlungsbedarf besteht. Die Zentralisierung und Professionalisierung der Sozialhilfe sowie die Umsetzung des neuen Sozialhilfegesetzes sollen kritisch begleitet werden.

Die Krankenkassenprämien werden die Menschen durch Kaufkraftverlust und Reallohnrückgang zukünftig noch stärker belasten, auch weil der Prämienanstieg ungebremst weitergeht. Hier braucht es griffige Massnahmen, die neben der Kostendämpfung zwingend auch einen Ausbau der Unterstützung für mittlere und tiefe Einkommen beinhalten muss. Solange die Schweiz am System mit unsozialen Kopfprämien festhält, muss der Kanton seine Prämienverbilligungen massiv und zielgerichtet erhöhen.

Der Kanton und die Gemeinden entziehen mit ihrer **Wohnbaupolitik** durch Kostenmieten Wohnraum der Renditemaximierung. Der Boden soll wo immer möglich der Spekulation entzogen werden.

Der Mindestlohn stellt sicher, dass Menschen von ihrem Lohn leben können, verhindert Lohnarmut und schafft würdige Arbeitsbedingungen.

Klimaschutz für mehr Lebensqualität und sichere Arbeitsplätze

Der Kanton Baselland fördert **regionale erneuerbare Energien**. Das revidierte Klimagesetz liefert dazu die nötigen Grundlagen zur Unabhängigkeit von einer Versorgung mit fossilen Energieträgern.

Die Politik des Kantons orientiert sich in ihren Entscheiden an der Förderung der **Biodiversität und einem konsequenten Umweltschutz**.

Der **Öffentliche Verkehr und der Fuss-/Veloverkehr** wird bei Infrastrukturprojekten priorisiert, um die Attraktivität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu steigern und einen Umsteigeeffekt zu erreichen.

Garantierte Kita-Plätze für jedes Kind

Durch einen **Ausbau des Kita-Angebots** und deren Subventionierung wird allen Familien im Kanton die freie Wahl des Familienmodells ermöglicht und eine variable Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit realisierbar.

Die **finanzielle Bevorzugung des traditionellen Familienmodells** durch vorherrschende institutionelle, steuerliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen wird aufgebrochen.

Die **Arbeitsbedingungen des Kita-Personals** halten mit der geforderten Aus- und Weiterbildung des Personals zur Qualitätssicherung Schritt.

Gute Schulen, kein Bildungsabbau

Eine **zeitgemässe und praxisorientierte Lehrpersonenausbildung** an der Pädagogischen Hochschule der FHNW trägt zur Attraktivität des Lehrberufs bei. Dem Lehrpersonenmangel wird mit attraktiven Rahmen- und Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen, einer damit einhergehenden Wertschätzung in Politik und Gesellschaft sowie einer Überprüfung der Aufgaben und der zur Verfügung stehenden Ressourcen der Schulen begegnet.

Ergänzend zur familienergänzenden wird das **Angebot der schulergänzenden Betreuung** ausgebaut. Die Infrastruktur der kommunalen und kantonalen Schulen soll Tagesstrukturen an den Standorten ermöglichen.

Die Chancengerechtigkeit wird durch die unterschiedliche Trägerschaft von Primar- und Sekundarschulen gemindert. Ebenso tragen Kürzungen und der Wegfall von Zusatzangeboten, ausserschulischen Lernorten und fehlende Ressourcen für die spezielle Förderung zu weniger Chancengerechtigkeit bei. Die **Trägerschaft der Primarschulen** soll deshalb von den Gemeinden zum Kanton.

Der Kanton Baselland beteiligt sich mit einem angemessenen Betrag und gemäss dem Kulturkonsum seiner Einwohner:innen an den kulturellen Zentrumsleistungen. Die kulturellen Angebote sind niederschwellig und für alle zugänglich.

Gesundheits- und Alterspolitik

Aufgrund der demographischen Entwicklung und neuer Behandlungsmethoden steigen unsere Gesundheitskosten. Unser Gesundheitswesen ist aber auch von Doppelspurigkeiten und Ineffizienz geprägt. Deshalb muss die interkantonale Kooperation (gemeinsamer Gesundheitsraum) gestärkt werden. Zu einer **effizienten Gesundheitspolitik** gehört auch der Verzicht auf unwirksame und ineffiziente Eingriffe. Eine Reduktion der Grundversicherung lehnen wir ab, weil dadurch eine Zweiklassengesellschaft geschaffen wird.

Das Gesundheitswesen wird als Teil des Service Public aufgefasst, das als gesellschaftliche Aufgabe auch etwas kosten darf. Wir begleiten die **Umsetzung der Pflegeinitiative** und fordern Verbesserungen beim Pflegepersonal und weiteren Leistungserbringern ein. Wir brauchen in der Gesundheits- und Alterspolitik in Zukunft mehr qualifiziertes Personal. Damit wird sich der schon heute bestehende Pflegnotstand verschärfen. Die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen müssen verbessert, die Löhne erhöht werden. In der Medikamentenversorgung und bei den Rettungsdiensten sind diese Verbesserungen für die Menschen spürbar.

Wir schaffen die gesetzlichen Grundlagen für eine **angemessene Unterstützung der Care-Arbeit**. Angehörige, welche Pflegearbeit verrichten und unter Umständen auf Erwerbseinkommen verzichten (und damit die institutionelle Altersbetreuung entlasten), haben Anrecht auf finanzielle Unterstützung.

Die Zahl der älteren Menschen nimmt laufend zu. Diese wollen vorzugsweise möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen. Die verschiedenen **Formen des Betreuten Wohnens** sind daher zu fördern. Damit nimmt auch der Druck auf die äusserst kostenintensive stationäre Pflege ab. Der bestehende Kostendruck darf allerdings nicht dazu führen, dass die Qualität der Betreuung im ambulanten und stationären Bereich abgebaut wird. Seniorinnen und Senioren haben Anrecht auf ein Leben in Würde.

Demokratie, Rechtsstaat und Service Public

Wir setzen uns für einen **gut ausgebauten, starken und barrierefrei zugänglichen Service Public** ein, der allen Menschen bei uns im Kanton zugutekommt. Dafür braucht die öffentliche Hand die entsprechenden Mittel.

Die **demokratische Partizipation** der Baselbieter Bevölkerung wird ausgebaut. Wer hier wohnt und Teil der Gesellschaft ist, soll sich auch am demokratischen Prozess beteiligen können. Die Rechte für Menschen mit Behinderung werden eingefordert und gestärkt.

Die Digitalisierung soll als gesellschaftliche Herausforderung begriffen werden und keine Verlierer:innen hervorbringen. Die **Digitalisierungsstrategie** des Kantons bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Cybersicherheit und Datenschutz.

Die Beteiligungen des Kantons verstehen sich als **Volkvermögen** und sollen der Gesellschaft und der gesamten Baselbieter Bevölkerung zugute kommen.